

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

EXLX 104

Bonn, den 19. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Anmerkungen zum Haushalt 1965 38

Von Heinrich G. Ritzel, MdP
Mitglied des Haushaltsausschusses

3 Schwache Vorstellung 45

Bundeskanzler Erhard vor der Presse

4 Kompromiß in Leningrad ? 48

Belgrad vor qualvoller Wahl

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

5 - 6 Soziale Aufrüstung schreitet fort 3

In Pessen entstehen überall Gemeinschaftshäuser

Vierjahresprogramm ausgearbeitet

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

19. Juni 1964

Anmerkungen zum Haushalt 1965

Von Heinrich G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Bundesfinanzminister Dr. Ebeling hat am 16. Juni den Entwurf des Bundeshaushalts des Bundesrats zugeleitet. Seine Absicht, ihn am gleichen Tag auch dem Haushaltsausschuß bekanntzugeben, mußte durch eine schriftliche Ausarbeitung ersetzt werden, weil eine Besprechung im Haushaltsausschuß aus zeitlichen Gründen nicht mehr zustande kam. Der Haushaltsausschuß hat sich am gleichen Vormittag auch mit den aus 1964 nicht bestreitbaren Ausgaben und der Notwendigkeit ausreichender Anträge kurz befaßt. Die Bundesregierung stellt einen Nachtrag für 1964 in Aussicht, der an die Milliardenengrenze heranrücken dürfte und der damit die Vorgeschichte der Haushaltsplanung 1964 aufzeigen wird. Die Haushaltsgrenze für 1964 wurde bekanntlich auf 60,3 Milliarden DM festgesetzt. Es waren offizielle Gesichtspunkte der Abstellung der Bundeshaushaltsaufgabe auf die Summe des Sozialprodukts. In Wirklichkeit - und darauf hat die SPD frühzeitig hingewiesen - wurden vor Abschluß der Etatberatungen 1964 sichtbare Ausgabennotwendigkeiten nicht mehr in den Haushalt aufgenommen, weil man vorzog, lieber die Einnahmepflicht zu erhöhen, als die Einnahmensumme

Ungedeckter Fehlbetrag von einer Milliarde

Der Entwurf des Haushalts 1965 wird voraussichtlich dasselbe Schicksal haben. Auch er wird bei seiner jetzt bekanntgegebenen Berechnung auf 60,3 Milliarden DM einen Nachtragshaushalt für 1965 erfordern, um so mehr, als die gesetzten Steuereinnahmen des Bundes nach Durchführung des Steueränderungsprozesses im kommenden Jahr 1965 auf 57,5 Milliarden DM geschätzt werden. Es verbleibt offensichtlich noch ein Fehlbetrag von einer Milliarde DM, dessen Deckung wiederum dem Haushaltsausschuß und dem Bundesrat überlassen bleiben dürfte.

Es wäre verfrüht, schon heute zu den einzelnen Anträgen Stellung zu nehmen. Aber die eine Auseinandersetzung erst noch im Plenum am Bundestag nach den Parlamentsferien und im Haushaltsausschuß erfolgen muß. Schon jetzt aber ist ersichtlich, daß der Etat 1965 unter den Schwierigkeiten leiden wird, die 1964 geschaffen wurden.

Allein die vorwärtige Art, mit der ein notwendiger Anstieg der Zuschüsse an die Träger der Rentenversicherung 1964 nicht etabliert wurde, trägt dazu bei, daß 1965 ein Zuschuß an die Träger der Rentenversicherung mit 1,78 Milliarden DM erforderlich wird.

Der Finanzminister behauptet, daß die Einnahmenseitige für den Verkehrshaushalt ausreichen würden, um die nächstjährige Etappe des Zweiten Vierjahresplanes voll erfüllen zu können. In der vor kurzem stattgefundenen Debatte im Plenum wurde auf die Mängel dieser Kalkula-

nien hingewiesen. Noch immer hält die Regierung an der Höhe der Zuschüsse der Körperschaftsteuer fest. Noch immer aber scheint die Regierung auch nicht bereit zu sein, endlich den Schritt zu vollziehen, der in Bezug auf die enorme Höhe der vermögenswirksamen Ausgaben, die jedes Jahr im Bundeshaushalt erscheinen und den öffentlichen Haushalt belasten, notwendig ist.

Im Rechnungsjahr 1963 enthielt der Haushalt rund 7 Milliarden DM vermögenswirksame Ausgaben. Im Jahre 1964 waren es rund 9 Milliarden DM. Es handelt sich dabei um die verschiedenartigsten Ausgaben, die zu einem erheblichen Teil in den außerordentlichen Haushalt gehören, aber seit Bismarcks Zeiten kurzerhand aus laufenden Staatseinnahmen finanziert werden.

Steuerzahler direkt belastet

Der Bund leiht Geld aus, kauft Grundstücke, finanziert Hochschulen verschiedenster Art und leistet sich andere kostspielige Ausgaben, die in der privaten Wirtschaft nur dann aufgenommen werden können, wenn entweder vorher die entsprechenden Reserven zurückgelegt wurden oder wenn man den Kapitalmarkt in Anspruch nimmt und auf diese Weise die Last auf Jahre verteilt, während sie beim Bund in vielfacher Höhe Jahr um Jahr den Steuerzahler direkt belasten.

Selbstverständlich gibt es in Rahmen dieser vermögenswirksamer Ausgaben Bundesleistungen, die über den ordentlichen Haushalt finanziert werden müssen. Aber es gibt auch sehr erhebliche Summen, die man sich in der Ausgabe nur dann leisten kann, wenn man entweder auf einen bereits bestehenden Fonds zurückgreifen kann oder Aussichten hat, auf dem Kapitalmarkt Deckung zu finden.

Die BfF wird bei der Beratung des Nachtragshaushalts, der die Reserve des Haushalts 1964 sprangeln wird, darauf achten, daß im Rahmen des Möglichen Ausgabeansätze schon in diesem Rechnungsjahr unterbleiben, die nach ihrem Charakter nicht zu einer direkten Belastung des Steuerzahlers in einem Jahre führen dürfen. Sie wird den gleichen Standpunkt auch hinsichtlich der Ersatzansätze einnehmen, die der Haushalt 1965 bringen wird.

Daß der Finanzminister sich bemüht hat, den Entwurf des Bundeshaushalts so früh wie möglich vorzulegen, ist unerkennenswert. Immerhin sollte man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß der Haushalt zunächst im Bundesrat zu verhandeln ist und daß die Entscheidung im Deutschen Bundestag praktisch erst im Oktober erfolgen kann.

19. Juni 1964

Schwache Vorstellung

Bundeskanzler Erhard vor der Presse

sp - Es war eine schwache Vorstellung, die Bundeskanzler Erhard der deutschen und internationalen Presse gab. Sein sechsstündiges Verbleiben vor der Presse hatte er mit Arbeitsüberlastung entschuldigt verbunden mit einem Lob auf die von seiner Regierung beschlossenen oder angekündigten Maßnahmen zur Erhaltung der Stabilität von Wirtschaft und Währung. Die deutsche Öffentlichkeit bekam davon wenig zu spüren. In Fragen der Konjunkturpolitik treibt die Regierung Hilflos die uns her und auf dem Gebiet der Sozialpolitik wurde die des Opfer einer eigenen Unsicherheit und Unfähigkeit, das Ganze in den Blick zu schauen, so versuchte Erhard nicht zu sagen, wie es mit der Inflationsbildung, Streitpunkt innerhalb der Regierungsparteien, weiter gehen soll und von einer Veranschiedung des Sozialpakets kann wohl nicht mehr die Rede sein.

Und was ist aus den in der Regierungserklärung angekündigten deutschen Initiativen in den Fragen der Wiedervereinigung und der Zusammenarbeit mit der westlichen Europapolitik geworden? Dieses konnte wenigstens auf. Nirgendwo sind Fortschritte in dieser Richtung zu erkennen. Erhard hat eine schon zur Kunst gewordene Art, konkrete, auf bestimmte Sachverhalte bezogene Fragen zusehends zu beantwortigen. Die einzige bestimmte Antwort erfolgte auf die Frage, ob er die Absicht habe ein Direktgespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Leonid Breznev zu führen. Das habe er sich, meinte Erhard, er habe für eine Begegnung keinen fruchtbaren Ansatzpunkt. Diese pessimistische Erkenntnis trifft gleichermaßen auf die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der europäischen Integration zu. Es gibt derzeit keine Chancen, das europäische Vereinigungswerk voranzutreiben, nicht ganz ohne Mitschuld der deutschen Regierung, die nicht in der Lage ist, sich auf einen europäischen Getreidepreis zu einigen.

Erhard bietet das Bild eines Mannes, voll von guten Absichten manchmal auch das Richtige erkannt aber ohne Kraft es zu verwirklichen. Seine persönliche Schwäche liegt in der Konstellation der von ihm geführten Regierung. In entscheidenden Fragen der Ostspannungs- und Europapolitik und im Verhältnis zu den Völkern des Ostens sind die Ministerebenen in sich zerstritten und zerfallen. Was ein Staat will, läßt sich nicht gut vereinbaren mit dem, was ein Nachbar will und das notwendig heißt. Erhard fand auch freundliche Worte über die Beziehungen zu Israel und er hofft, diese werden nach Ablauf des Vierjahreszeitraumes keine Schäden haben. Das Notwendige und Richtige wäre es, die israelische Bereitschaft, diplomatische Beziehungen mit Bonn aufzunehmen, endlich zu honorieren und nicht mehr hinauszuögern. Aber Erhard fürchtet den Widerstand innerhalb der eigenen Partei und so läßt er alles auf sich beruhen. Eine Taktik, die nicht von starken Führungswillern spricht.

Es gab im Bonner Bundeshaus schon Pressekonferenzen, die zu Ergebnissen wurden. Von diesem Auftritt Erhards kann man das wohl nicht sagen. Man hatte den Eindruck, daß der Bundeskanzler nicht so sicher und fest auf dem Boden steht, wie es äußerlich den Anschein hat.

+ * +

Kompromiß in Leningrad ?

Belgrad vor qualvoller Wahl

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleichner

Ob es Chruschtschow gelungen ist, den jugoslawischen Parteichef Tito für die Idee der geplanten Weltkonferenz der kommunistischen Parteien zu gewinnen, ist nach dem Leningrader Treffen das meist diskutier-
te Thema in politischen Kreisen Belgrads. Einige Formalisierungen in der Abschlußkommunique sowie Titos wiederholte Betonungen zwischen Moskau und Belgrad herrschen in den wichtigsten internationalen Bezügen völlige Übereinstimmung haben den ursprünglichen Eindruck über Totos Haltung in dieser für den Weltkommunismus so wichtigen Frage etwas in Zweifel gebracht.

Besondere Verwirrung hat eine Formulierung gestiftet, die im politischen Vokabular der Jugoslawen seit 1948 nur selten zu hören gewesen ist. Josep Broz muss ihren Beitrag zur Überwindung der Schwereigkeiten im Lager des Weltkommunismus und zur Herstellung der *Einigkeit* der brüderlichen kommunistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus leisten, hieß es in der Leningrader Kommunique.

Dieses Bekenntnis zur Notwendigkeit der monolithischen Einheit läßt jedoch trotzdem noch nicht den Schluß zu, die Jugoslawen seien von ihrer anfänglichen Haltung abgewichen. Belgrad stand der Idee einer Weltkonferenz der kommunistischen Parteien zwecks Verurteilung der chinesischen Ketzerei stets eher ablehnend gegenüber, wenigstens eine offizielle Stellungnahme zu dieser Frage bisher nicht veröffentlicht worden ist. Wäre es Chruschtschow gelungen, Tito für den Moskauer Platz zu gewinnen, hätte man wohl dies deutlicher als in nur verklausulierten Sanktionen zu verdeutlichen gegeben.

Ganz von der Hand zu weisen ist die Möglichkeit (jedoch nicht, daß Belgrad diesmal an einer Weltkonferenz der kommunistischen Parteien teilnehmen würde. Die Ablehnung einer offiziellen Einladung würde den Jugoslawen nicht zuletzt deswegen schwerfallen, weil ihnen mit der Teilnahme an einem kommunistischen Weltkonzil die höchste Form der Rehabilitierung zuteil würde. Scharfung der Todsünde gegen die Heiligkeit der marxistisch-leninistischen Lehre des Revisionismus geziehen hätte es Angebot der endgültigen Wiederaufnahme in die Familie der kommunistischen Bruderparteien auch prinzipielle Erdrüttungen überwinden helfen, die gegen eine Teilnahme an einer solchen Konferenz bisher in Belgrad zu hören gewesen sind.

In der euellenden Wahl zwischen eigener endgültiger Rehabilitierung einerseits und Stärkung der Moskauer Kommandorolle andererseits zeichnet sich in Belgrad folgende Lösung ab. Man ist bemüht, sich aus der Politik um die Notwendigkeit der Abhaltung einer Konferenz möglichst herauszuhalten und somit Chruschtschow zumindest bei der Vorbereitung des Treffens keine politische Schutzhandhilfe zu leisten. Sollte die Weltkonferenz der kommunistischen Parteien auch ohne jugoslawischen Katar stattfinden, so werden sich die jugoslawischen Kommunisten wohl nicht die Gelegenheit entgehen lassen, der kommunistischen Welt unter Beweis zu stellen, daß sie im Gegensatz zu einigen ihrer schärfsten Kritiker heute ein voll anerkanntes Glied der von Moskau geführten größeren Teils der kommunistischen Weltbewegung sind.

Soziale Aufrüstung schreitet fort

In Hessen entstehen überall Gemeinschaftshäuser
Vierjahresprogramm ausgearbeitet

"Das Leben auf dem Lande muß lebenswert sein." Das ist das Leitmotiv, das Hessens Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn in den Landesprogrammen für Gemeinschaftshäuser mit auf den Weg gab, als er 1957 in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Hessischen Landtag das "Dorfgemeinschaftshaus-Programm des Landes Hessen" verkündete. In den 7 Jahren, die es jetzt besteht, wurden zahlreiche Erweiterungen vorgenommen. Zu den Dorfgemeinschaftshäusern kamen die Mehrzweckhallen und schließlich die Bürgergemeinschaftshäuser. Heute ist dieses umfassende Programm nicht nur zu einem Begriff in ganz Hessen sondern auch in der Bundesrepublik und darüber hinaus in anderen europäischen Ländern geworden. Allein im vergangenen Jahr besuchten 35 Delegationen aus der ganzen Welt das Hessenland um diese Einrichtungen zu besichtigen.

Alle im Landtag vertretenen Parteien stehen heute geschlossen hinter den Programmen zur Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern, Mehrzweckhallen und Bürgerhäusern. Die hessische "soziale Aufrüstung des Dorfes" konnte so erfolgreich sein, weil sie im gesamten Land eine beachtenswerte Breitenwirkung erzielte. Sie ist aber auch deswegen so erfolgreich, weil die Einrichtungen eines Gemeinschaftshauses allen Bevölkerungskreisen zugute kommen, und zwar ohne Ausnahme des Alters, der Herkunft, der Konfession und der politischen Überzeugung. Es ist aber auch kein Geheimnis, daß sich die Gemeinschaftshaus-Programme vor allem in den von der SED geführten Landkreisen am stärksten entwickeln.

Beitrag zur Dorferneuerung

Das einstimmig seinerzeit vom Hessischen Landtag beschlossene Dorfgemeinschaftshaus-Programm soll den Gemeinden die Möglichkeit geben, fehlende soziale und kulturelle Einrichtungen und solche der Arbeits erleichterung zu bauen, um möglichst wertgleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Damit ist das Programm ein wesentlicher Beitrag zur Erneuerung des Dorfes geworden.

Im Jahr d. J. waren insgesamt 220 Dorfgemeinschaftshäuser in Betrieb und 65 im Bau oder in der Planung. Zusätzlich wurden 30 beispielgebende Kindergärten unabhängig von einem Gemeinschaftshaus gefördert und ihrer Bestimmung übergeben. 35 Millionen DM stellte das Land Hessen für Dorfgemeinschaftshäuser bisher zur Verfügung. 50 Mehrzweckhallen sind in Betrieb und 20 im Bau oder werden in Kürze begonnen. Dafür gab Hessen bisher rund 14 Millionen DM.

Der hessische Innenminister Heinrich Schmeider sieht in der Förderung der Gemeinschaftsprogramme einen besonderen Akzent hessischer Kommunalpolitik. Er sieht aber auch eine nicht für sich allein stehende Maßnahme, sondern ist der Auffassung, daß sich ein Dorfgemeinschaftshaus in das kommunale Aufbauprogramm harmonisch einfügen muß. Die Gemeinden und Kreise haben dafür vollstes Verständnis. Deswegen ist es erforderlich, daß vor dem Bau eines Gemeinschaftshauses andere, und zwar unabweisbare kommunale Aufgaben, verwirklicht werden müssen. Schulhausneubau und Wasserversorgung rangieren noch immer grundsätzlich vor dem Gemeinschaftshausbau.

Seit 5 Jahren Bürgerhäuser

Nach den guten Erfahrungen mit den hessischen Dorfgemeinschaftshäusern wurde 1959 in das Landesprogramm die Förderung von Bürgerhäusern aufgenommen. Mit diesem Programm will das Land die Bestrebungen der Gemeinden, die den Bedürfnissen der heutigen Zeit entsprechenden sozialen und kulturellen Einrichtungen zu schaffen, unterstützen. Sie dienen der Freizeiterfüllung, Erwachsenenbildung, Pflege des Heimatgedankens, Jugendwohlfahrt, Familienfürsorge und der öffentlichen Gesundheitspflege. Zugleich sollen diese Häuser der Vereinsamung der Menschen in den Städten entgegenwirken. Im allgemeinen werden Bürgerhäuser in großen Landgemeinden mit über 5000 Einwohnern, in Landstädten und in Ortsteilen der Großstädte gebaut.

Innerhalb von 12 Jahren rechnet Innenminister Schneider damit, daß in 124 hessischen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern etwa 100 Bürgerhäuser gebaut sein werden. Bis jetzt sind 21 Bürgerhäuser in Hessen in Betrieb und 20 weitere im Bau oder in der Planung. Hierfür stellt Hessen 21 Millionen DM bereit.

Frankfurt war als erste Großstadt der Bundesrepublik bahnbrechend in der Entwicklung eines Programms für den Bau von Bürgergemeinschaftshäusern tätig. In der Main-Metropole wurden vom Land bisher sieben Bürgergemeinschaftshäuser in verschiedenen Ortsteilen gefördert. Hessen ist bisher das einzige Land der Bundesrepublik, das ein Programm zur Förderung solcher Einrichtungen gegründet hat. Bei der Planung von Gemeinschaftshäusern wird besonders die enge Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinde wirksam. Diese große Gemeinschaftsaufgabe soll auch in Zukunft ihre Bedeutung beibehalten.

"Großer Hessenplan"

Rund 50 Prozent der hessischen Menschen leben auf dem flachen Lande. Die andere Hälfte wohnt in Gemeinden und Städten über 5 000 Einwohnern.

In die "Landesprogramm für Gemeinschaftshäuser" sind bis jetzt annähernd 400 Gemeinden aufgenommen worden. Hessen hat damit gegenüber anderen Bundesländern einen nicht mehr aufzuholenden Vorsprung. Der "große Hessenplan" sieht für die Zukunft eine weitere langfristige Planung für Gemeinschaftshäuser vor. Der konkrete Beitrag ist zunächst das Vierjahresprogramm zur Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern, Mehrzweckhallen und Bürgerhäusern in Hessen. Es läuft von 1964 bis einschließlich 1967. Dadurch soll es jährlich 50 Gemeinden ermöglicht werden, ein Dorfgemeinschaftshaus, eine Mehrzweckhalle oder ein Bürgerhaus zu bauen. In diesen Monaten stellen die Städte und Landkreise ihre langfristigen Planungen zusammen. Fast 400 Anträge aus den Dörfern und Städten Hessens liegen gegenwärtig beim hessischen Innenminister. Sie alle sollen in das Vierjahresprogramm innerhalb des "Großen Hessenplanes" aufgenommen werden.